

Französisches Kabinett billigt Gesetzentwurf für mehrjährigen Finanzrahmen für die Forschung

24.07.2020 | Berichterstattung weltweit

Das Gesetz über die mehrjährige Programmplanung für die Forschung sieht neben der Entwicklung des Forschungsbudgets bis 2030 auch weitreichende Maßnahmen vor, die die Organisation und die Karriere- und Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Forschung betreffen.

Ein solches Gesetz ist von französischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern seit Jahren gefordert worden. Zuletzt war 2006 unter der Regierung Villepin ein mehrjähriger Finanzplan für die Forschung verabschiedet worden. Im Sommer 2018 empfahl die Evaluierungs- und Kontrollmission des parlamentarischen Finanzausschusses für langfristige Planbarkeit mehrjährige Finanzierungszusagen, aber auch Anpassungen des Forschungssystems für mehr Transparenz. Die Forscher erhoffen sich vor allem mehr Sicherheit hinsichtlich der Planstellen und der budgetären Grundausrüstung. Der damalige französische Premierminister Edouard Philippe kündigte dann am 1. Februar 2019 – anlässlich des 80jährigen Bestehens des Nationalen Zentrums für wissenschaftliche Forschung CNRS (Centre nationale de la recherche scientifique) – für 2021 ein Gesetz an, das den Forschungsinstituten der öffentlichen Hochschul- und Forschungseinrichtungen budgetäre Planungssicherheit für mehrere Jahre bieten sollte.

Nach einer breit angelegten öffentlichen Konsultation – über eine Internetplattform konnten bis Mitte Mai 2019 alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Vorschläge einreichen – wurden zur Vorbereitung des Programmgesetzes drei Arbeitsgruppen – „Finanzierung“, „Attraktive Karrierewege“ und „Angewandte Forschung“ – ins Leben gerufen, die Premierminister Philippe im September 2019 ihre Empfehlungen vorlegten. Diese beinhalteten insbesondere eine deutliche Mittelaufstockung für die Hochschul- und Forschungseinrichtungen, höhere Gehälter und die Einführung von Tenure Tracks sowie die Ausschreibung „Universitärer Innovationszentren“ und die Verstärkung von erfolgreichen Innovationsstrukturen, wie etwa den Instituten für technologische Forschung IRT oder den Gesellschaften zur Beschleunigung des Technologietransfers SATT.

Das Verfahren an dem Gesetzentwurf wurde im Frühjahr 2020 während der Covid-19-Pandemie ausgesetzt, dann jedoch beschleunigt wieder aufgenommen. Am 18. Juni wurde der Entwurf von dem die Hochschul- und Forschungseinrichtungen repräsentierenden Nationalen Rat für Hochschulbildung und Forschung (Conseil national de l'enseignement supérieur et de la recherche - CNESER) angenommen. Nun hat Frédérique Vidal, Ministerin für Hochschulbildung, Forschung und Innovation, am 22. Juli dem Ministerrat den Entwurf zur Loi de programmation pluriannuelle de la recherche 2021-2030 (LPPR) vorgestellt. Anschließend wird sich das Parlament mit dem Gesetzentwurf befassen; nach dem Wunsch der Regierung soll das Gesetz noch in diesem Jahr in Kraft treten.

Das Gesetz sieht für die nächsten zehn Jahre zusätzliche 25 Milliarden EUR für das öffentliche Forschungsbudget vor, was die jährlichen Mittel von 16 Mrd. EUR im Jahr 2020 auf 21 Mrd. EUR im Jahr 2030 erhöhen würde. Damit soll Frankreich sich dem Ziel nähern, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschungs- und Entwicklung aufzuwenden. Die Pressemitteilung des Forschungsministeriums und der Bericht zur Kabinettsitzung stellen einige Ziele und Maßnahmen heraus, für welche die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden sollen:

- Steigerung der Attraktivität wissenschaftlicher Karrieren: Gegen den anhaltenden Rückgang der Zahl der Promovierenden wird eine progressive Erhöhung ihrer Vergütung um 30 Prozent sowie eine Erhöhung der Zahl der finanzierten Dissertationen um 20 Prozent in allen Disziplinen vorgesehen. Neu rekrutierte junge

Forschende müssen mindestens das Doppelte des Mindestlohns erhalten. Die Einführung sogenannter "C.D.I. de mission scientifique" – nicht befristete, an ein Forschungsprojekt gebundene Arbeitsverträge – soll darauf abzielen, die bisher prekäre Situation der Beschäftigten bei langfristigen Forschungsprojekten zu verbessern. Die Vergütungsarchitektur soll überarbeitet werden, um den Status des gesamten Personals zu verbessern.

- Juniorprofessuren, um neue Talente anzuziehen: Diese mit einer Finanzierung von 200.000 EUR dotierten Lehrstühle werden nach einer spezifischen wissenschaftlichen Evaluation vergeben und sollen jungen Forschenden und Lehrkräften bessere Perspektiven im französischen Wissenschaftssystem bieten. Die Maßnahme wird sich am angelsächsischen Tenure Track System orientieren.
- Bereitstellung von Ressourcen für die Forschung mit vereinfachten und leichter zugänglichen Projektausschreibungen und mehr Grundfinanzierung für Forschungsteams: Dies soll die in der Vergangenheit stets niedrige Förderquote der Nationalen Forschungsagentur ANR von derzeit 16 Prozent auf 30 Prozent erhöhen. Der Anteil, der zur Grundfinanzierung verwendet werden kann, wird auf 40 Prozent erhöht. Es wird ein einziges Portal für Projektaufrufe eröffnet, das von der ANR betreut und mit einer Vereinfachung der Ausschreibungsverfahren einhergehen wird. Von den neuen Mitteln gehen etwa 7 Mrd. EUR an die ANR.
- Stärkung der Verbindungen zwischen der öffentlichen Forschung und der Gesellschaft: Dazu sollen Regelungen zugunsten von unternehmerisch orientierten Forschenden ("chercheur-entrepreneur"), insbesondere für Doppeltätigkeiten, flexibler gestaltet und die Verbundforschung unterstützt werden. Die Verbindung zwischen der wissenschaftlichen Welt und der Gesellschaft insgesamt soll durch eine verstärkt partizipative Wissenschaft und durch die Schaffung eines Wissenschafts- und Medienhauses gefördert werden.

Der Gesetzentwurf ist von der Forschungsgemeinschaft, den Gewerkschaften und den Medien kritisch aufgenommen worden und wird sehr kontrovers diskutiert. Dem Plan, so ein häufiger erhobener Vorwurf, mangle es an Ehrgeiz, und man habe den betroffenen Akteuren nicht genug Zeit gegeben, um die erst im letzten Monat veröffentlichten Details zu analysieren. Die Französische Akademie der Wissenschaften äußerte sich in ihrer Stellungnahme enttäuscht von dem Entwurf. Sie räumt zwar ein, dass die Strategie die Karriereaussichten und die Bezahlung verbessern wird, aber bemängelt, dass der Anstieg des jährlichen Forschungsbudgets nicht ausreichen wird, um das Ziel zu erreichen, 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Forschung auszugeben. Hinsichtlich der angekündigten zusätzlichen Mittel wird insbesondere kritisiert, dass diese die Situation kurzfristig kaum verbessern werden, da sie erst gegen Ende des Jahrhunderts signifikant ansteigen, und somit erst von kommenden Regierungen zu tragen sind.

Patrick Lemaire, Präsident der Französischen Gesellschaft für Entwicklungsbiologie, erklärte gegenüber dem Magazin Nature, dass die Ernennung von weiteren 5.200 Langzeit-Forschungsmitarbeitern in Forschungseinrichtungen und Universitäten zusätzlich zu den bestehenden 170.000 Mitarbeitern nur die Hälfte des Bedarfs ausmache. Auch werde die Art und Weise, wie die Mittel ausgezahlt werden, den Einfluss des Forschungsministeriums auf die wissenschaftliche Strategie verstärken. *"Dies liegt daran, dass das Ministerium die Forschungsstrategien der Forschungseinrichtungen und Universitäten validieren muss, bevor es ihnen Mittel zuweist. Das ist für Frankreich ungewöhnlich. Es bedeutet auch, dass sich die Forschungsorganisationen auf ihre Stärken konzentrieren werden, und Minderheitsdisziplinen in den Geisteswissenschaften könnten durchaus verschwinden."*

Die Schaffung von projektgebundenen Arbeitsverträgen "CDI de mission" in der Forschung wird von einigen Forschenden und den Gewerkschaften als ein Angriff auf den Status der öffentlichen Bediensteten angesehen. Die Gefahr einer zunehmenden Prekarität in der Forschung befürchten Einige auch durch die Juniorprofessuren, die zu einem Rekrutierungskanal für bis zu 25 Prozent des neuen Personals werden sollen, bei Einstellungen mit befristeten Verträgen von 3 bis 6 Jahren vor einer eventuellen Entfristung.

Zum Nachlesen

- [gouvernement.fr: Compte rendu du Conseil des ministres du 22 juillet 2020: Programmation de la recherche pour les années 2021 à 2030](#) (Französisch)
- [MESRI \(22.07.2020\): Présentation du projet de loi de programmation de la recherche en Conseil des ministres](#) (Französisch)
- [MESRI \(19.06.2020\): Le CNESER adopte le projet de loi de programmation pluriannuelle de la recherche](#) (Französisch)
- [Wissenschaftsportal der Französischen Botschaft in Deutschland \(23.07.2020\): Worum handelt es sich bei dem am 22. Juli in Frankreich vorgelegten "Forschungs"-Gesetzentwurf?](#)
- [Science \(24.07.2020\): French science bill promises boost to public R&D](#)
- [Nature \(23.07.2020\): Scientists disappointed by plan to boost France's research prowess](#)
- [Académie des sciences \(03.07.2020\): L'Académie des sciences exprime sa déception sur le projet de loi LPPR](#) (Französisch)
- [fr.wikipedia.org: Projet de loi de programmation pluriannuelle de la recherche](#) (Französisch)

Quelle: MESRI, [gouv.fr](#), [Nature](#), [fr.wikipedia.org](#)

Redaktion: 24.07.2020 von Miguel Krux, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: Frankreich

Themen: Bildung und Hochschulen, Förderung, Infrastruktur, Strategie und Rahmenbedingungen

[Zurück](#)

Weitere Informationen